



Mitgliederzeitung Oktober 2019

Liebe Genossinnen und Genossen,

am 19. Spetember haben wir Wahlkreis 12 Bramfeld, Farmsen-Berne Kandidatinnen und Kandidaten für die Bürgerschaftswahl aufgestellt. Einen Tag später, am 20. Septemeber haben allein in Hamburg zwischen 70.000 und 100.000 Menschen für einen wirklichen Klimaschutz demonstriert. In der ganzen Bundesrepublik waren es rund 1,8 Millionen Menschen. An diesem Freitag haben weltweit Millionen von Menschen die Klimakrise ganz oben auf die politische Tagesordnung gesetzt. Ob in Australien, Asien, Afrika, Europa und Amerika überall wird nun endlich politisches Handeln angemahnt.

An diesem Tag hat nun auch die Bundesregierung, nach langen Verhandlungen, auf Regeln geeinigt, wie wir unsere internationalen Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaschutzabkommen verlässlich erreichen wollen. Damit soll die eine Wende eingeleitet werden, um die Klimaschutzziele 2030 endlich zu erreichen. Deutschland bekommt ein Klimaschutzgesetz – mit klaren Verantwortlichkeiten, welches Ministerium was zu tun hat, um die Klimaziele zu erreichen. Wenn ein Bereich (z.B. Verkehr oder Gebäude) seine Zielvorgaben nicht einhält, muss das zuständige Ministerium zügig Maßnahmen vorlegen, um die Ziele wieder zu erreichen. Mit dem Klimaschutzgesetz soll Klimaschutz verbindlich und verlässlich gemacht werden.

Auf den nächsten Seiten stellen wir euch dieses Konzept vor und gehen noch einmal auf die Wahlkreisvollversammlung ein. Hinweisen möchte ich euch noch auf einen Antrag zum Thema Friedenspolitik der auf der nächsten Distriktsversammlung diskutiert werden soll.

Mit solidarischen Grüßen

Andreas Ernst

Viel Spaß beim lesen

Distriktsversammlung SPD Bramfeld-Süd

Thema: *Information fehlt!*

Referent: Heinz Plezia

8. Oktober 2019

Ort: BSV Treff

Ellernreihe 88

Uhrzeit: 19:30 Uhr



Themen:

Wahlkreis 12	Seite 2
Das Klima-Konzept	Seite 2
Antrag „Friedenspolitik“	Seite 5
Klarer Kurs im öffentl. Nahverkehr	Seite 5
Volksentscheid umgesetzt	Seite 7
Wir vor Ort	Seite 8

Nicht vergessen!

WER SOLL'S WERDEN?

ENTSCHEIDE MIT!

Deine Stimme zählt!



Impressum (V.i.S.d.P):

**SPD Bramfeld-Süd
c/o Andreas Ernst
Seekamp 18
22177 Hamburg**

**Distrikt
Bramfeld-Süd**

SPD

**Kontakt und Information:
SPD Bramfeld-Süd
www.spd-bramfeld.de**

**E-Mail:
sued@spd-bramfeld.de**



Wahlkreis 12 Bramfeld, Farmsen-Berne



Auf unserer Wahlkreisvollversammlung am 19. September nominierten wir unsere Kandidierenden im Wahlkreis 12 für die Stadtteile Bramfeld, Farmsen-Berne und Steilshoop. Insgesamt acht Kandidatinnen und Kandidaten stellten sich den 50 anwesenden Mitgliedern, von 488.

An der Spitze kandidiert erstmals Regina Jäck aus dem Distrikt Bramfeld-Nord. Die Leiterin der Seniorenwohnanlage Max-Brauer-Haus ist seit 2011 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft und Fachsprecherin für die Belange der Menschen mit Behinderungen. Regina Jäck wurde mit 42 Ja -Stimmen gewählt.

Lars Pochnicht aus Berne vertritt ebenfalls seit 2011 direkt gewählt unseren Wahlkreis im Landesparlament und ist neben seinem Engagement als Mitglied im Stadtentwicklungsausschuss der Radfahrexperte der SPD-Bürgerschaftsfraktion. Lars Pochnicht wurde mit 46 Ja-Stimmen gewählt.

Auf Platz 3 schicken wir Carsten Heeder aus Steilshoop ins Rennen. Der selbstständige Wirtschaftsinformatiker wurde 2008 in die Bezirksversammlung Wandsbek gewählt und ist derzeit SPD-Obmann im Regionalausschuss Bramfeld, Farmsen-Berne und Steilshoop sowie Fachsprecher für Stadtteilentwicklung und Integration. Carsten Heeder wurde mit 40 Ja-Stimmen gewählt.

Die weiteren Kandidatinnen und Kandidaten sind Sandra Wohlert (4, Bramfeld-Nord), Tobias Saling (5, Farmsen), Susanne Kröger (6, Bramfeld-Süd), Marcus Moser (7, Bramfeld-Nord) und Sebastian Hoffmann (8, Jusos).

Das Klima-Konzept

Der CO₂-Preis

In Deutschland soll nach monatelangen Diskussionen ein nationales Preissystem für den Ausstoß von Treibhausgasen in den Bereichen Verkehr und Wärme kommen. Die Koalition will dafür langfristig einen Zertifikatehandel einführen, an dem sich etwa Mineralölfirmen beteiligen müssen. In den ersten fünf Jahren aber sollen zunächst Festpreise eingeführt werden. Das heißt: Jede Tonne CO₂, die in Verkehr und Gebäuden verbrannt wird, bekommt einen festen Preisaufschlag. Für die Bürger wird das anfangs kaum zu spüren sein, denn er ist zunächst gering. 2021 soll der Preis bei zehn Euro starten, das entspricht einem Aufpreis von 2,8 Cent je Liter Benzin und gut drei Cent je Liter Diesel. In den Folgejahren soll der feste Preis jeweils um fünf Euro steigen, bis auf 35 Euro im Jahr 2025. Der Aufpreis läge dann bei knapp zehn Cent je Liter Benzin und elf Cent je Liter Diesel. 2026 sollen die Zertifikate dann erstmals versteigert werden. Auch dann allerdings gilt ein Preiskorridor von 35 bis 60 Euro, damit Verbraucher nicht zu hart getroffen werden. Ab 2027 könnten die Preise auch höher ausfallen, die Regierung behält sich jedoch vor, neue Grenzen einzuziehen. Union und SPD hatten lange gestritten, ob sie den CO₂-Preis über eine Steuer oder über einen Emissionshandel erheben. Die vereinbarte Lösung ist ein Kompromiss, der zwar Emissionshandel heißt, durch den Korridor von Mindest- und Höchstpreis aber einer Steuer näherkommt.

Mit den Plänen läge der Preisaufschlag über viele Jahre hinweg nicht über den Preisunterschieden, die Tankstellen zwischen morgens und abends ausweisen. Experten hatten zu höheren Preisaufschlägen geraten und bezweifeln, dass die geringen Summen wirklich große Wirkung für den Klimaschutz entfalten. Deutschland ist mit diesem Vorstoß, einen nationalen Preis für Emissionen einzuführen, nicht allein. In elf anderen EU-Ländern gibt es bereits ein solches System.





Bauen und Wohnen

Geplante Einsparungen: 18 bis 20 Millionen Tonnen CO₂/Jahr im gesamten Sektor Gebäude

Finanzielle Anreize sollen dabei helfen, Wohnungen und Häuser klimafreundlicher umzubauen. Wer etwa eine alte Ölheizung gegen ein klimafreundlicheres Modell auswechselt, soll mit einer „Austauschprämie“ von bis zu 40 Prozent der Kosten gefördert werden. Der Einbau neuer Ölheizungen soll von 2026 an verboten sein. Das gilt für Gebäude, „in denen eine klimafreundlichere Wärmezeugung möglich ist“. Für die energiesparende Sanierungen ist eine steuerliche Förderung geplant.

Verkehr

Geplante Einsparungen: 62 bis 65 Millionen Tonnen CO₂ bis 2030 im gesamten Sektor Verkehr

Zu tiefgreifenden Veränderungen wird es für die Deutschen im Verkehrssektor kommen. Auf der Straße, der Schiene, in der Luft und zu Wasser muss besonders viel CO₂ gespart werden. Anders als in anderen Sektoren stößt der Verkehr noch immer so viel CO₂ aus wie 1990. Bis 2030 müssen die Emissionen nun von gut 160 auf unter 95 Millionen Tonnen sinken. Der größte Wandel soll den Plänen zufolge auf Deutschlands Straßen stattfinden. Um die schwache Nachfrage nach Elektroautos anzukurbeln, soll die von Bund und Herstellern getragene Kaufprämie erhöht werden – für Autos mit einem Preis von unter 40 000 Euro. Die Kfz-Steuer soll sich stärker als bisher an den CO₂-Emissionen orientieren. Zudem sollen eine Million zusätzliche öffentliche Ladepunkte geschaffen werden. Die Anreize zum Umsteigen auf emissionsarme Autos sollen einen Boom auslösen. Das Ziel der Bundesregierung: „In Deutschland sollen bis 2030 sieben bis zehn Millionen Elektroautos zugelassen sein“, heißt es in dem Eckpunktepapier. Bislang sind es erst wenige Hunderttausend.

Weil Autofahren durch steigende Spritpreise teurer wird, soll es an anderer Stelle Entlastung für die Bürger geben. Im Gegenzug für den CO₂-Preis, der dem Staat Milliarden



Wir tun etwas fürs Klima.

Mehreinnahmen bringt, soll unter anderem die Pendlerpauschale steigen. Pro Entfernungskilometer sollen Pendler künftig 35 statt 30 Cent von der Steuer absetzen können – aber erst ab dem 21. Kilometer und befristet bis Ende 2026.

Die Koalition will zudem Bahnfahren billiger machen. So soll die Mehrwertsteuer auf Bahntickets im Fernverkehr von derzeit 19 auf 7 Prozent sinken. Der Bahn zufolge könnte das dem Konzern jährlich fünf Millionen mehr Passagiere bringen. Teurer wird das Fliegen. Die Luftverkehrsabgabe für Starts von deutschen Flughäfen soll zum 1. Januar 2020 angehoben werden. Details, welche Strecken dies betrifft, nannte die Regierung zunächst nicht. Die Bundesmittel für den öffentlichen Nahverkehr will die Regierung ab 2025 auf zwei Milliarden Euro verdoppeln. Radwege sollen ausgebaut werden.

Erneuerbare Energien

Geplante Einsparungen: Mindestens 83 Millionen Tonnen CO₂ bis 2030 im gesamten Sektor Energiewirtschaft

Den Ausbau des Ökostroms will die Regierung wieder beschleunigen. Zuletzt war vor allem der Ausbau der Windenergie nahezu zum Erliegen gekommen. Das Ziel der Koalition, den Anteil des Ökostroms bis 2030 auf 65 Prozent zu steigern, gerät in Gefahr. So sollen zur See bis 2030 nun mehr Windparks gebaut werden. An Land sollen bundesweit einheitliche Abstandsregeln gelten – mit Ausnahme Bayerns. So sollen Windräder von Wohnhäusern oder kleinen Siedlungen 1000 Meter Abstand halten. Länder oder Kommunen können diesen



Abstand verringern, aber nicht vergrößern. Die bayerische Regel, nach der der Abstand das Zehnfache der Höhe eines Windrads betragen soll, bleibt bestehen. Zudem soll es eine bessere Förderung von Windparks im windschwächeren Süden geben.

Der sogenannte Solardeckel, mit dem die Förderung eingestellt worden wäre, wenn auf deutschen Dächern Solaranlagen mit einer Leistung von 52 Gigawatt installiert sind, soll fallen. Diese Grenze wäre bald erreicht worden. Bei der Ökostromumlage dagegen plant die Koalition eine Entlastung: Sinkende Stromrechnungen sollen Belastungen der Bürger an anderer Stelle kompensieren. Der sogenannte Solardeckel, mit dem die Förderung eingestellt worden wäre, wenn auf deutschen Dächern Solaranlagen mit einer Leistung von 52 Gigawatt installiert sind, soll fallen. Diese Grenze wäre bald erreicht worden.

Landwirtschaft

Geplante Einsparungen: 6 bis 9 Millionen Tonnen CO₂/Jahr im gesamten Sektor Land- und Forstwirtschaft

Etwas mehr als sieben Prozent der Treibhausmissionen lassen sich auf die Land- und Forstwirtschaft zurückführen. Den neuen Vorgaben zufolge müssen Deutschlands Landwirte und Verbraucher bis 2030 zusätzlich mindestens sechs Millionen Tonnen Emissionen einsparen. Den Großteil soll der Schutz von Moorlandschaften und die Vermeidung von Lebensmittelabfällen bringen. Zu den Maßnahmen zählen der Ausbau des Öko-

landbaus, geringere Tierbestände, schärfere Düngegesetze und die Umwandlung von Dünger und Reststoffen in Energie durch Biogasanlagen.

Finanzen

Die große Koalition will 54,455 Milliarden Euro bis 2023 für Klimaschutzmaßnahmen bereitstellen. Man habe „ein solides, durchgerechnetes“ Paket geschnürt, hieß es in Berlin. Die Koalition will das Klimaschutzpaket ohne zusätzliche Schulden finanzieren. Das Gros der Förderprogramme soll aus dem Energie- und Klimafonds finanziert werden. Der besteht bereits, er wurde bisher mit rund vier Milliarden Euro jährlich gespeist. Das Geld wurde jedoch nur teilweise abgerufen. Die Koalition hat beschlossen, den Fonds ganz neu aufzustellen. Das Bundeskabinett soll Details dazu in den nächsten zwei Wochen beschließen. Vom Tisch ist der Vorschlag Anleihen auszugeben und einen Bürger-Fonds einzurichten.

Kontrolle

„Vordringliches Ziel der Bundesregierung und dieses Klimaschutzprogramms ist das Erreichen der Klimaschutzziele 2030“, heißt es in dem Beschluss vom Freitag. Deshalb sollen für alle Sektoren, also Verkehr, Landwirtschaft, Industrie und Gebäude Minderungsziele festgeschrieben werden. Ob die Bereiche im Plan liegen, soll auch ein „externer Expertenrat“ überprüfen, die Bundesregierung selbst soll jährlich Zahlen vorlegen. Sollte einer dieser Sektoren seine Ziele verfehlen, muss das jeweilige Ministerium künftig selbst Vorschläge zum Nachsteuern vorlegen. Entscheiden soll darüber dann allerdings nicht ein Minister, sondern das gesamte Klimakabinett – das zu diesem Zweck fortbestehen soll.





Antrag

Die KDV möge zur Weiterleitung an den Landes- und Bundesparteitag beschließen:

1. **Eine wie von der NATO gewünschte und von den USA eingeforderte Erhöhung der Rüstungsetats der Bundesrepublik Deutschland auf zwei Prozent des Bruttosozialprodukts darf es nicht geben.**

Begründung:

Das Recht über den Verteidigungsetat zu entscheiden liegt ausschließlich beim Deutschen Bundestag und nicht in NATO-Gremien.

Kriterium für die Höhe der Ausgaben sind die tatsächlichen Erfordernisse der Bundeswehr und die Kapazitäten des Bundeshaushaltes, nicht aber statistische Zahlen der Wirtschaftsentwicklung, also des BSP.

Statt Aufrüstungsdebatten zu führen, ist es erforderlich, den Dialog mit den Konfliktparteien, insbesondere zu unseren russischen Nachbarn, zu suchen, von der Kriegsrhetorik Abstand zu nehmen und zu einer Entspannungspolitik zurückzustreben.

2. **Die SPD möge sich in der GROKO für den Abtransport der Atomwaffen in Büchel einsetzen.**

Begründung:

Auch wenn der amerikanische Präsident Trump den IFN-Vertrag gekündigt hat, gibt es keinen Grund, die atombestückten Mittelstreckenrouten der USA in Büchel zu dulden. Deutschland steht nach wie vor zu den Zielen des Vertrages. Dazu gibt es einen einstimmigen Beschluss des Bundestages vom (.....)



3. **Die SPD möge sich für die Schließung der amerikanischen Militärbasis Ramstein stark machen.**

Begründung:

Diese Basis ist Voraussetzung für die Kriegführung der USA im gesamten Nahen Osten. Bei weiterer Tolerierung der Basis macht sich Deutschland mitschuldig am Tod vieler Unschuldiger und ziviler Opfer in den amerikanischen Kriegsgebieten.

Klarer Kurs im öffentlichen Nahverkehr

Die SPD in Hamburg hat ein klares Bild von der Mobilität der Zukunft in unserer Stadt. Diese soll nachhaltig, bezahlbar und effektiv gestaltet werden. Dabei sollen die zunehmenden Verkehrsbewegungen und Pendlerströme gut und möglichst staufrei bewerkstelligt, die Straßen entlasten und das Klima geschützt werden.

Dafür muss der Anteil des Umweltverbundes und vor allem des Öffentlichen Personennahverkehrs am Gesamtverkehrsaufkommen gesteigert werden. Daran arbeiten SPD Hamburg und SPD geführter Senat mit vollem Einsatz und mit dem Ziel eines Hamburg-Taktes und -Tarifs bis 2029. Der Anteil des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) am Gesamtverkehrsaufkommen konnte in Hamburg zwischen 2008 und 2017 bereits von 18 auf 22 Prozent gesteigert werden.

Dieser Weg soll in der kommenden Dekade mit aller Konsequenz weitergegangen werden. Um den Anteil des ÖPNV weiter zu erhöhen, muss dieser qualitativ und preislich so attraktiv gestaltet werden, dass er die bessere und komfortablere Alternative zum eigenen Auto darstellt.

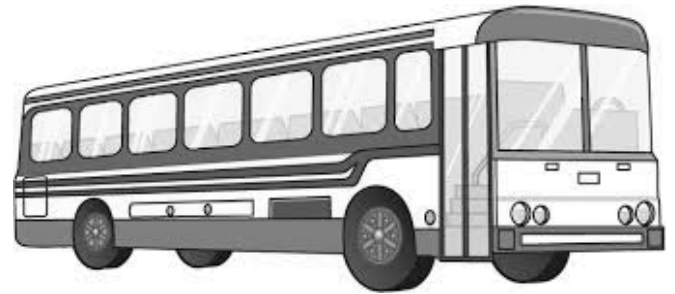




Es ist erklärtes Ziel der Hamburger SPD, bis 2029 einen Hamburg-Takt zu schaffen, so dass von jedem Ort in dieser Stadt innerhalb von fünf Minuten ein geeignetes Verkehrsmittel erreicht werden kann. Außerdem soll innerhalb der nächsten Dekade ein Hamburg-Tarif gestaltet und die Preisstruktur des HVV fortlaufend überprüft und weiterentwickelt werden.

Seit geraumer Zeit arbeiten Senat und die SPD daran, die Attraktivität des HVV durch einen spürbaren Ausbau des Verkehrsangebots zu steigern. Die Angebotsoffensiven I und II aus 2018 und 2019 führen zu kundenfreundlicheren Taktverdichtungen, neuen Bahn- und Buslinien, neuen Haltestellen und längeren Zügen. Mit der HVV-Angebotsoffensive I zum Fahrplanwechsel im Dezember 2018 wurden bereits Kapazitätssteigerungen um bis zu 30 Prozent erreicht. Mit der Angebotsoffensive II bis 2021 werden noch einmal rund 20 Prozent hinzukommen.

Die HVV-Angebotsoffensive II wird ab dem Fahrplanwechsel im Dezember 2019 bis 2021 realisiert werden und ein Finanzvolumen von über 100 Millionen Euro umfassen. Darüber hinaus investiert die Stadt mit Unterstützung des Bundes hohe Summen in den Ausbau des Schnellbahnnetzes. So werden neue U- und Schnellbahnhaltestellen (z.B. U-Bahnhaltestelle Oldenfelde) gebaut, die U4 und S21 in der Strecke verlängert und die U5, S4 und S32 geplant und neu gebaut.



Darüber hinaus investiert die Stadt mit Unterstützung des Bundes hohe Summen in den Ausbau des Schnellbahnnetzes. So werden neue U- und Schnellbahnhaltestellen (z.B. U-Bahnhaltestelle Oldenfelde) gebaut, die U4 und S21 in der Strecke verlängert und die U5, S4 und S32 geplant und neu gebaut. Allein mit der U5 werden weit mehr als 100.000 Hamburgerinnen und Hamburger erstmals einen direkten Schnellbahnzugang erhalten. Zudem soll der ÖPNV nahezu überall barrierefrei zugänglich sein, so dass er gerade auch von Menschen mit Mobilitätseinschränkungen gut genutzt werden kann. Schon jetzt sind 78 Prozent der 135 U- und S-Bahnstationen in Hamburg barrierefrei. Ende 2022 sollen es dann voraussichtlich 98 Prozent sein.

Auch hinsichtlich der Preisgestaltung beim HVV wurden Maßnahmen ergriffen, um den ÖPNV insgesamt und für bestimmte Zielgruppen attraktiver zu gestalten. So hat der Erste Bürgermeister bei den HVV-Tarifen gerade die Preisbremse angezogen. Der HVV wird aufgrund dessen seine Preise zum Fahrplanwechsel im Dezember 2019 nicht wie ursprünglich vorgesehen um 2,2 Prozent, sondern höchstens im Umfang der letztjährigen Inflationsrate (2018: 1,8 Prozent) erhöhen. Durchschnittlich werden sich die Preise sogar nur um 1,3 Prozent erhöhen, weil für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Seniorinnen und Senioren gar keine Preiserhöhungen vorgesehen sind.

Im nächsten Jahr soll außerdem ein HVV-Ticket für Auszubildende, das preislich dem günstigen Semesterticket für Hamburger Studierende nahekommt, die Nutzung des HVV preislich attraktiver machen. Auch für Seniorinnen und Senioren hat die rot-grüne Koalition Vergünstigungen durchgesetzt, denn mit In-





krafttreten des neuen Tarifs zum 15.12.2019 fällt die morgendliche Sperrzeit weg, zusätzliche Fahrscheine müssen dann nicht mehr gelöst werden.

Darüber hinaus plant die SPD, wie der Erste Bürgermeister Dr. Peter Tschentscher bereits angekündigt hat, den ÖPNV für Schülerinnen und Schüler schrittweise in der kommenden Legislaturperiode kostenfrei zu machen. Damit soll Hamburg nicht nur noch familienfreundlicher werden vielmehr sollen gerade junge Menschen, die ganz überwiegend über kein eigenes Einkommen verfügen, frühzeitig als Kundinnen und Kunden für den ÖPNV zu gewonnen werden.

Denn gerade der SPD in Hamburg ist es ein großes Anliegen, dass die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs nicht vom Geldbeutel abhängt. Dennoch müssen immer wieder moderate Preisanpassungen bei den HVV-Tarifen vorgenommen werden. Die Kosten der HVV-Verkehrsunternehmen steigen unter anderem aufgrund von Lohnentwicklungen und den Preisen für Strom und Kraftstoffen. Diese Kostensteigerungen liegen in der Regel über der normalen Inflation. Dennoch ist es wichtig, dass die Beschäftigten des HVV gute und faire Löhne erhalten.

SPD Bürgerschaftsfraktion und Senat haben dafür einen guten Weg gefunden. So wurde eine kräftige Preisbremse installiert und somit die Kostensteigerungen nicht mehr wie bisher vollständig an die Fahrgäste weitergeben, sondern mit zusätzlichen Mitteln aus dem allgemeinen Steueraufkommen der Stadt ein erforderlicher Ausgleich geschaffen. Der steuerfinanzierte Zuschuss der Stadt zu den Kosten der HVV-Verkehrsunternehmen wird dadurch steigen, die Kostendeckung durch Erlöse aus Fahrscheinverkäufen sinken. Die vielen Maßnahmen zur Steigerung der qualitativen und preislichen Attraktivität des ÖPNV kosten die Stadt viel Geld, sind aber zur Entlastung des begrenzten Straßenraumes und zur Erreichung unserer Klimaschutzziele unerlässlich.

Hamburg investiert damit nicht nur in den ÖPNV, sondern in die Zukunft unserer Stadt

und in eine nachhaltige, bezahlbare und effektive Mobilität. Der Klimaschutz profitiert von einer Stärkung des ÖPNV gleich in mehrfacher Hinsicht: Denn Bahnen und Busse sind im Vergleich zum Auto nicht nur effizienter im Energieverbrauch pro Passagier, sie werden auch umweltfreundlicher betrieben. U- und S-Bahnen fahren in Hamburg schon jetzt vollständig mit Strom aus regenerativer Energie. Und die Busflotten von Hochbahn und VHH sollen bis 2030 vollständig auf Busse mit emissionsfreien Antrieben umgestellt werden. Von 2020 an wird Hamburg nur noch Busse mit emissionsfreien Antrieben anschaffen. Eines zeigt sich: Hamburg ist unter dem SPD geführten Senat in der nachhaltigen, bezahlbaren und effektiven Weiterentwicklung des Öffentlichen Nahverkehrs in Hamburg auf klarem Kurs!

Volksentscheid erfolgreich umgesetzt - Energienetze in städtischer Hand

Der Rückkauf des Fernwärmenetzes samt Erzeugungsanlagen von Vattenfall ist vollzogen. Damit ist nach dem bereits erfolgten 100-prozentigen Erwerb des Stromnetzes 2014 und des Gasnetzes 2018 der Volksentscheid "Unser Hamburg - Unser Netz" vollständig umgesetzt. Der Kaufvertrag wurde rückwirkend zum 1. Januar 2019 vollzogen. Dies ist eine wichtige Entscheidung für Hamburg, denn die Energienetze in Hamburg sind ein grundlegender Bestandteil der Daseinsvorsorge. Jetzt können die Planungen für die Wärmewende und den Kohleausstieg in Hamburg fertig gestellt und in die Tat umgesetzt werden. Durch den Erwerb der Energienetze ist Hamburg für die Energiewende gut aufgestellt. Mit den vielfältigen Vorhaben zum Klimaschutz ist Hamburg damit einen bedeutenden Schritt vorgekommen, denn die Wärmeversorgung leistet einen entscheidenden Beitrag, dass Hamburg seine Klimaschutzziele erreichen kann.

Für die SPD sind Volksentscheide verbindlich. Darum hat der SPD-Senat sofort

nach der Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger 2013 die Umsetzung des Volksentscheids "Unser Hamburg - unser Netz" in die Wege geleitet. Die Wärmeversorgung leistet heute einen entscheidenden Beitrag, damit Hamburg seine Klimaschutzziele erfüllen kann. Das Kohlekraftwerk in Wedel soll 2024 ersetzt und das Kraftwerk in Tiefstack bis 2030 durch innovative klimafreundliche Wärmeerzeugung abgelöst werden. Einen Anschluss des Kohlekraftwerks Moorburg an die Fernwärme wird es nicht geben. Die öffentlichen Unternehmen im Energie- und Versorgungssektor wie Stromnetz, Gasnetz, Stadtreinigung, Hamburg Energie und Hamburg Wasser arbeiten schon jetzt eng zusammen und sind auch bei der Planung für den Wedel-Ersatz wichtige Akteure.

Sehr wichtig für die SPD in Hamburg war auch die Einhaltung der Zusage, die Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten zu sichern. Auch in Bezug auf die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Beschäftigung hat der SPD-geführte Senat Wort gehalten. Die Sicherung der Arbeitsplätze war und ist ein wertvolles Gut, das es zu schützen galt. Durch die städtische Übernahme der Arbeitsverhältnisse bei gleichzeitigem Erhalt des Tarifniveaus wurde den Beschäftigten Lebenssicherheit gegeben.

Fest steht, der Volksentscheid wurde erfolgreich umgesetzt und auch in Bezug auf Arbeitnehmerrechte und Beschäftigung Wort gehalten. Alle für die Beschäftigten vereinbarten Regelungen werden, wie schon zuvor beim Hamburger Stromnetz und beim Gasnetz, umgesetzt. Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten sind auch zukünftig gesichert. Alle Mitarbeiterinnen und



Mitarbeiter werden von der Stadt übernommen. Der Rückkauf der Fernwärme ist ein weiterer Schritt zu einer nachhaltigen, erfolgreichen und preisstabilen Energiewende. Zur Akzeptanz dieses Modells der kommunalen Energieversorgung gehört aber auch, stabile Wärmepreise und Netzentgelte auch zukünftig einzuhalten. Dies setzt sich der Senat als Aufgabe der Zukunft.



Wir vor Ort

Abgeordneter für die Hamburgische Bürgerschaft für den Wahlkreis 12 Bramfeld, Farmsen-Berne und Steilshoop

Abgeordnetenbüro Bramfeld

Bramfelder Abgeordneter: **Jens Schwieger**

Bramfelder Chaussee 312 | 22177 Hamburg

Telefon: 040 – 63 91 76 79

E-Mail: buero@schwieger-hamburg.de



SPD-Fraktion Bezirksversammlung Wandsbek

Schloßstraße 12 | 22041 Hamburg

Telefon: 682 67 784

E-Mail: spdfraktion-wandsbek@t-online.de



SPD-Kreisbüro Wandsbek

Schloßstraße 12 | 22041 Hamburg

Telefon: 689 44 511

E-Mail: hh-wandsbek@spd.de



SPD-Landesorganisation Hamburg

Kurt-Schumacher Allee 10 | 20097 Hamburg

Telefon: (040) 280 848 - 0

Fax: (040) 280 848 - 18

E-Mail: kontakt@spd-hamburg.de

